

Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik

Für eine genderoffene Diskussion der Abgrenzung von Förderregionen und der -richtlinien

Hier lesen Sie

- welche geschlechtsspezifischen Unterschiede es bei der Arbeitslosigkeit gibt
- warum die Arbeitslosenquote als alleiniges Kriterium für die Förderung nicht ausreicht
- welche ergänzenden Kriterien eine gerechte Verteilung der Fördermittel bewirken können

Unter »Arbeitsbedingungen« werden all die Umstände verstanden, die mit dem Arbeitsprozess (Arbeitssystem) verbunden sind. Sie ergeben sich aus dem Arbeitsauftrag (Arbeitsaufgabe) und seinen Ausführungsbedingungen.¹ Neben den Sachbedingungen und den Umweltbedingungen prägen die finanziellen, rechtlichen und sozialen Verhältnisse die Arbeitsbedingungen nachhaltig. Letztere bestimmen mit, ob Arbeitsbedingungen als »... menschengerecht, d.h. gemessen am Maßstab Mensch und seinen Eigengesetzen ...«² gelten können. Insofern wirken die Identifikation von Förderregionen und die damit verbundene Lenkung der finanziellen Förderströme intensiv auf die Arbeitsbedingungen ein. Das geht hin bis zur Auslagerung (Vernichtung) von Arbeitsplätzen im Westen Deutschlands und deren geförderten Neuaufbau in den Neuen Bundesländern (NBL). Wie weit ist beispielsweise die Abgrenzung von Arbeitsmarktregionen politisch beeinflusst (Regionalisierungsproblem)? Werden Indikatoren nach objektiven oder nach politischen Kriterien ausgewählt, um die Benachteiligung von Räumen offen zu legen und so zum Ausweis von Förderregionen zu dienen (Selektionsproblem)? Wie weit ist die Gewichtung dieser Indikatoren untereinander ebenfalls politisch beeinflusst (Gewichtungsproblem³)?

Unter diesen Fragestellungen wird hier anhand des Indikators »Arbeitslosenquote« (eng verbunden damit »Erwerbstätigenprognose«) erörtert, wie weit dieser mit seinem großen Gewicht zur Orientierung der Förderströme tauglich ist, die so intensiv auf die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Regionen Deutschlands einwirken.

Frauenverursachte Disparität der Arbeitsmarktlage?

Unter »Wie sieht es aus mit der Erwerbstätigkeit ...«⁴ wurde erörtert, warum eine Orientierung der finanziellen Förderströme in Deutschland auf der Basis des Indikators »hohe Arbeitslosenzahlen« untauglich ist. Ein gesamtdeutscher

Vergleich aus Geschlechterperspektive zeigte nämlich, dass sich die Männer-Arbeitslosigkeit in Ost und West angenähert hat, die Frauen-Erwerbsquote und -Erwerbsneigung in Ostdeutschland die entsprechenden Kenndaten im Westen jedoch deutlich übertrifft. Oder, wie es eine IAB-Untersuchung⁵ auf den Punkt bringt: Das weibliche Erwerbspersonenpotential in Ostdeutschland wird – anders als in Westdeutschland (mit einer hohen Stillen Reserve) – nahezu vollständig in die Erwerbstätigen einerseits und in die Arbeitslosen/Erwerbslosen andererseits abgebildet.

Die Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen ist also weiterhin hoch. Im Westen hingegen nähert sich die Erwerbsquote der Frauen nur langsam der Männerquote an (2004: 64,5 % zu 80,4 %). Der Abstand ist im Osten mit 6,5 % (2004: 73,4 % zu 79,9 %) deutlich geringer. Die Erwerbsquote (Erwerbstätigenquote plus Erwerbslosenquote) ostdeutscher Frauen lag also um fast neun Prozentpunkte über der im Westen (73,4 % zu 64,5 %), bedingt durch die hohe Erwerbslosenquote der Ost-Frauen (15 %) im Verhältnis zu der der West-Frauen (5,6 %). Die Vollzeit-Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen ist ungebrochen, während die Frauen im Westen eher in die stille Reserve ausweichen. Die Teilzeitquote ostdeutscher Frauen stieg zwar an (1991: 12 % auf 2004: 38,1 %), liegt aber weiterhin unter der im Westen (51,1 %). Zudem beträgt im Osten der Umfang ihrer Teilzeitarbeit fast zwei Drittel einer Vollzeitstelle (im Westen nur eine halbe Vollzeitstelle). Insgesamt liegt der Frauenanteil am knappen Arbeitsvolumen in Ostdeutschland daher höher (Ost: 45,7 %; West: 39,9 %).

- 1 Hacker, W.: Arbeitspsychologie ..., Berlin (1986). Vgl. Hammer, W.: Wörterbuch der Arbeitswissenschaft ..., S. 22; München (1997).
- 2 Gesellschaft für Arbeitswissenschaft (GfA): Denkschrift »Arbeitswissenschaft in der Gesetzgebung«. Hrsg.: RKW, Frankfurt/M. (1973).
- 3 Eckey, H.-F. et al.: Anmerkung zur Identifikation von Förderregionen in der »Gemeinschaftsaufgabe«; Volkswirtschaftl. Diskussionsbeiträge Nr. 90/07, Kassel (2007).
- 4 Schweres, M.: Wie sieht es aus mit der Erwerbstätigkeit? Vom Aussagewert der Kennziffern. AiB 2006, S. 477–482.
- 5 Beckmann, P.: Neue Frauenförderquote – Gute Absichten führen nicht immer zum gewünschten Ziel. IAB-Kurzbericht, Ausg. Nr. 22/18.12.2003, S. 1–9.

Fazit des AiB-Beitrags in 2006: »Hohe Arbeitslosenzahlen« sind wegen der aufgezeigten unterschiedlichen Erwerbsquoten, Erwerbslosenquoten und Arbeitsvolumina für einen innerdeutschen Vergleich als Verteilungsindikator untauglich.

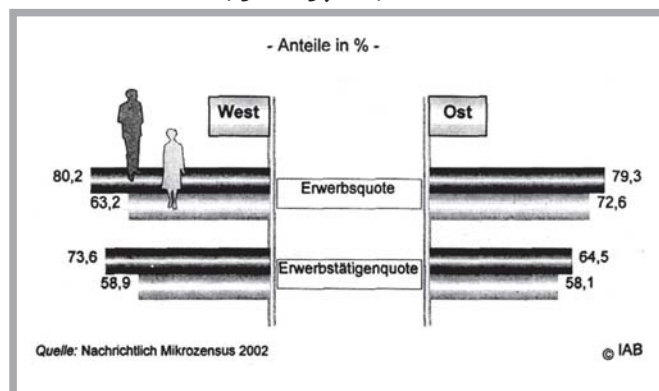
Eine Abgrenzung der Förderregionen und damit die Lenkung der Förderströme in Deutschland (u.a. Aufbau Ost) über diesen Indikator führt innerdeutsch zu einer Fehlverteilung knapper Haushaltsmittel. Unter der Genderperspektive ist das aus der DDR-Tradition überkommene Erwerbsverhalten ostdeutscher Frauen zweifellos zukunftsweisend. Derzeit führt aber ein davon beeinflusster Arbeitsmarktindikator zu einer Fehlallokation (Fehlzuweisung) knapper Fördermittel. Im Folgenden zeigt ein kurzer Blick auf die Frauenförderquote noch einmal die frauenverursachte Disparität der Arbeitsmarktlage Deutschlands. Danach wird untersucht, wie weit die daraus zu ziehenden Konsequenzen in die Neuabgrenzung von Förderregionen (2007 bis 2013) im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« eingeflossen sind. Abschließend wird aufgezeigt, dass die verantwortlichen Politiker auf Bundes- und auf Länderebene interessengeleitet argumentieren und nur selten auf eine objektivierte, indikatorgestützte Orientierung der Förderströme eingehen. Im Osten wird – unproblematisiert – immer wieder auf die hohen Arbeitslosenzahlen verwiesen. Im Westen wird gegen die einseitige Auswahl der Förderregionen »nach Himmelsrichtungen« argumentiert.

Frauenförderquote und regionale Strukturförderung

Die in § 8 SGB III verankerte Frauenförderquote hat im Rahmen der Arbeitsförderung zweifellos eine andere Orientierung als die hier hinterfragten Rahmenbedingungen der regionalen Strukturförderung. Dort wird die Arbeitslosenquote, nicht nach Geschlechtern unterteilt, zur Darstellung der Arbeitsdefizite insgesamt herangezogen. Dennoch sind die in den Untersuchungen zur Frauenförderquote gewonnenen, geschlechterdifferenzierten Ergebnisse auch hier hilfreich. Die »Erwerbsquote« (Anteil Erwerbstätiger und Erwerbsloser an der erwerbsfähigen 15 bis 65-jährigen Bevölkerung) und die »Erwerbstätigenquote« (Anteil der Erwerbstätigen an den Personen im erwerbsfähigen Alter, d. h. 15 bis 65 Jahre) messen die Beteiligung von Erwerbspersonen am Arbeitsmarkt. Differenziert man die sonst übliche Kennziffer »Arbeitslose gesamt« nach Ost- und West-

deutschland sowie nach Frauen und Männern, so zeigen sich die Unterschiede beim weiblichen Arbeitskräfteangebot.⁶

Erwerbsquoten und Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern (15 bis 65 Jahre) in Deutschland 2002



Die Untersuchungen zur Frauenförderquote weisen die bereits geschilderten, regionalen, geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt-Ungleichheiten aus (einschließlich der Unterschiede bei der Stillen Reserve). Brautzsch et al. suchen nach Ursachen für geschlechtsspezifische Arbeitsplatzlücken in Deutschland. Sie sind überrascht über die hohe ostdeutsche Unterbeschäftigungsquote, trotz einer vergleichsweise hohen Arbeitsplatzausstattung (im Verhältnis zum westdeutschen Vergleichswert). Das ist, wie ausgeführt, auf die weiterhin hohe Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen zurückzuführen, auf die »ungebrochene Erwerbsneigung« (Verhaltenskomponente). Hinzu kommt, dass in Ostdeutschland auf je 1.000 Erwerbsfähige bezogen tatsächlich weniger Arbeitsplätze vorhanden sind (Strukturkomponente). Daher: »Die höhere Erwerbsbeteiligung der Ostdeutschen (Verhaltenskomponente) zeigt sich darin, dass es je 1.000 erwerbsfähige Ostdeutsche 819 Personen gibt, die eine Erwerbstätigkeit ausüben bzw. suchen (Westdeutschland: 799).«⁷ Oder: »Obwohl die ostdeutschen erwerbsfähigen Frauen etwa ein Zehntel mehr Arbeitsstunden leisten als die westdeutschen, fehlen je 1.000 erwerbsfähige Frauen dreimal mehr Arbeitsplätze als in Westdeutschland.«⁸

Arbeitslosenquote als ein Indikator zur Abgrenzung von Förderregionen

In 2006 legte Schwengler⁹ ein Gutachten vor mit einem Viererbündel an Indikatoren für die Neuabgrenzung des deutschen Regionalfördergebietes.¹⁰ Danach wird das regionale Ranking mit einem Gesamtindikator ermittelt, der sich aus vier, für die regionale Strukturpolitik in der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« miteinander multiplikativ verknüpften Einzelindikatoren (mit unterschiedlichen Gewichten) zusammensetzt: »Arbeitslosenquote« (im mehrjährigen Durchschnitt, z.B. 2002 bis 2005) als Arbeitsmarktindikator (Gewichtung 50 %); »durchschnittlicher Bruttojahreslohn pro Beschäftig-

6 Ebenda S. 2.

7 Brautzsch, H.-U. et al.: »Arbeitsplatzausstattung« und »Arbeitsplatzlücke« nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland. IWH-Diskussionspapiere Nr. 9, S. 21; Halle (Saale), Mai 2006.

8 Ebenda S. 22.

9 Schwengler, B./Binder, J./Haag, G.: Neuabgrenzung des deutschen Regionalfördergebietes 2007 bis 2013. IAB-Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur«; Nürnberg (März 2006).

10 Vgl. Schwengler, B.: Regionale Strukturpolitik. Neues Ranking für deutsche Fördergebiete. IAB Kurzbericht, Ausg. Nr. 17/16.10.2006, S. 1-6.

ten« als Einkommensindikator (40 %); »Infrastrukturindikator«, berechnet vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (5 %); »Erwerbstätigenprognose«, berechnet von F.-J. Bade, Universität Dortmund (5 %).

Erstmals wurde so für 2007 die Neuabgrenzung von Förderregionen auf der Basis eines gesamtdeutschen Modells vorgenommen. Auch hier zeigte sich die »Einflussbreite« in der Auswahl der Förderindikatoren und vor allem in der »Gewichtung« untereinander. Wegen »... enormen, aus regionalpolitischer Sicht nicht sachgerechten Rangplatzverschiebungen. ... [wurde im gesamtdeutschen Modell] die Differenz zwischen der gesetzten und der tatsächlich gewünschten Gewichtung der Indikatoren ... zu Gunsten des Arbeitsmarktindikators (Arbeitslosenquote) und zu Lasten des Einkommensindikators (Bruttojahreslohn pro Beschäftigten) angepasst.... Die Arbeitslosenquote erhält somit in der anstehenden Neuabgrenzung mit 50 % ein höheres Gewicht als der Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem mit 40 %. Der Infrastrukturindikator und die Erwerbstätigenprognose werden jeweils mit 5 % gewichtet.«¹¹

Für die einzelnen Förderregionen weist der Arbeitsmarktindikator »Durchschnittliche Arbeitslosenquote der Jahre 2002 bis 2005«¹² aus, dass die weiterhin hohe Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen (kaum Rückzug in die Stille Reserve) das knappe ostdeutsche Arbeitsvolumen im Vergleich zu Westdeutschland mehr ausschöpft. Das führt zu einer so hohen weiblichen Erwerbslosenquote, dass im Ergebnis der Indikator »Arbeitslosenquote insgesamt« im Osten so viel höhere Werte ausweist als im Westen.

Volkswirtschaftliche Kritik an der gewählten Abgrenzung

Wie eingangs erwähnt, ergeben sich bei der Feststellung von Förderregionen drei Problemfelder:

- Regionalisierungsproblem: Die Systemgrenzen für die Abgrenzung von Arbeitsmarktregionen werden häufig politisch gesetzt
- Selektionsproblem: Die gewählten (vier) Einzelindikatoren und deren Verknüpfungen unterliegen gleichen Festlegungen. Sie sind nicht trennscharf voneinander abgegrenzt, sondern weisen wechselseitige Abhängigkeiten auf. »Da die ‚Arbeitsmarkt-Variablen den gleichen Sachverhalt messen wie die Erwerbstätigenprognose, addieren wir die politisch festgelegten Gewichte der Gemeinschaftsaufgabe für beide Bereiche auf.«¹³ Für den Indikator »Arbeitsmarkt« werden die Gendereinflüsse nicht problematisiert
- Gewichtungsproblem: Wegen der politischen Setzungen zum 1. und 2. Spiegelstrich setzen sich die Autoren vor allem statistisch mit den Gewichtungen auseinander.

Danach wird der Gesamtindikator über eine wissenschaftlich nicht zulässige Skalentransformation gebildet. Die Einzelindikatoren weisen Abhängigkeiten auf.

»... bei der ... verwendeten multiplikativen Verknüpfung [führt] eine Korrelation der Einzelindikatoren dazu ..., dass eine unabhängige Gewichtung der Größen nicht gegeben ist. Damit ist auch jede Gewichtung mit Hilfe von vorgegebenen Prozentzahlen der Einzelindikatoren nicht sinnvoll. Die Einzelindikatoren messen nämlich zum Teil die gleichen Inhalte.«¹⁴

Mit den politisch gesetzten Vorgaben zur Systemabgrenzung (Regionalisierungsproblem) und zur Auswahl der Indikatoren (Selektionsproblem) wagen die Autoren eine alternative Berechnung über eine Faktorenanalyse, die zu unabhängigen Dimensionen führt. Die Ergebnisse ihres Rankings führen – bei all den »Setzungen« erstaunlich – zu nur leicht abweichenden Ergebnissen. Allerdings entscheiden oft schon kleinere Abweichungen darüber, ob eine Region in der Förderung verbleibt oder aus ihr herausfällt.

Aufschlussreicher sind da die Ergebnisse einer Vorläuferuntersuchung aus 2000: »Es ist allerdings auch erkennbar, dass einige Regionen in Ostdeutschland den Anschluss an das durchschnittliche Niveau der gesamten Volkswirtschaft (fast) gefunden haben und damit deutlich vor den schlechtesten Regionen in Westdeutschland liegen. So haben Potsdam-Brandenburg, Berlin, Zwickau, Leipzig, Jena, Dresden und Eisenach Gesamtindikatoren von > 90; Passau, Werra-Meißner, Cham, Uelzen, Emsland, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Emden und Cloppenburg als westdeutsche Wirtschaftsräume haben dagegen Ausprägungen, die unter diesem Wert liegen (...).¹⁵ Um wie viel mehr wird in 2007 die NBL-Aufholjagd diese regionalen Unterschiede zugunsten Ostdeutschlands verändert haben?

Arbeitslosenquote in der politischen Debatte

Bei der Erläuterung des Arbeitsmarktindikators wird also unpräzise ausgeführt, dass die ostdeutschen Regionen immer noch das größte Defizit ausweisen. Im November 2006 war die einschlägige Bundestagsdebatte beherrscht von dem Indikator »Arbeitslosenquote«. So trug Joachim Günther (FDP; Landesliste Sachsen) vor, dass die Arbeitslosenquote »... im Osten mit 15,7 % gegenüber 8,2 % in den anderen Ländern fast doppelt so hoch [ist]. Allein diese Zahl macht deutlich, dass die Arbeitsmarktprobleme in den neuen Ländern von besonderer Bedeutung sind.«¹⁶

Minister Wolfgang Tiefensee sieht eine »Disparität« zwischen den Arbeitslosenquoten in West- und in Ostdeutschland. Was aber bewirkte diese »Disparität«, diese Ungleichheit der Arbeitslosenquoten? Im Bericht des Ministers stellt er fest: »Die ostdeutsche Arbeitslosigkeit ist seit einem Jahrzehnt etwa doppelt so hoch wie in den alten Ländern.«¹⁷ Seine Daten zur »Erwerbsquote« verdeutlichen den Einfluss

11 Ebenda S.6.

12 Ebenda, Karte 2 auf S. 3.

13 Eckey 2007, S.12.

14 Ebenda S.6.

15 Der wirtschaftliche Entwicklungsstand in den Regionen des Vereinigten Deutschlands. Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge Nr. 20/01, S. 31; Kassel (2000).

16 Redebeiträge aus der »Debatte über den Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2006/63. Sitzung des 16. Deutschen Bundestages am 9.11.2006«. Aus: Das Parlament 56 (13.11.2006) Nr. 46, S. 17.

17 Auszüge aus »Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2006; u.a. Teil A/Abschnitt 1.2 und Teil B/Kapitel 2 des Jahresberichtes. Bonn/Berlin (Sept. 2006); hier: S. 9.

der Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen: »Die Erwerbsquote (...) ist in Ostdeutschland einschließlich Berlin (75,7 % in 2005) höher als in Westdeutschland (73,2 % in 2005). Noch deutlicher liegt die Erwerbsquote bei den Frauen mit 72,1 % über derjenigen in Westdeutschland (65,5 %). Der Unterschied ergibt sich insbesondere durch Frauen mit Kindern, die in einem größeren Umfang als in Westdeutschland einer Beschäftigung nachgehen oder eine solche suchen.«¹⁸ Der Genderaspekt der ostdeutschen Arbeitsmarktlage klingt in dem Bericht zwar an, wird aber argumentativ nicht auf den Punkt gebracht:

Die immer wieder als Förderargument vorgetragenen hohen ostdeutschen Arbeitslosenquoten sind letztlich durch die hohen Erwerbsquoten (Arbeitsvolumina) der dortigen Frauen bedingt.

Das wirkt sich über die eng verknüpften Indikatoren »Arbeitslosenquote« und »Erwerbstätigenprognose« auf die Auswahl der Förderregionen aus. Das dürfte – wie die Studien von Eckey andeuten – zu einer Bevorzugung ostdeutscher Regionen bei diesem Ranking führen.

Ergänzende Förderkriterien notwendig

Aussagefähiger beispielsweise für einen Vergleich zwischen Ruhrgebiets-Städten und ostdeutschen Städten wäre die Ergänzung der Kennziffer »Arbeitslosenquote« um zusätzliche Indikatoren wie die Geschlechterverteilung bei den Erwerbslosen und den Erwerbspersonen. Dazu gehören aufgeschlüsselte Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigungsquoten sowie die jeweiligen Anteile am Arbeitsvolumen. Auch derart aufgeschlüsselte Arbeitslosen- und Erwerbstätigenquoten reichen – wie Eckey belegt – als Kennziffern jedoch nicht aus, um die Finanzströme in Deutschland »gerecht« zu lenken.

Insofern sind die vier oben genannten, untereinander verknüpften Einzelindikatoren ein wichtiger Fortschritt: Mit ihnen sind die Anregungen schon aufgegriffen worden, die Bundesfinanzminister Peer Steinbrück als NRW-Ministerpräsident zur Arbeitslosenquote gab: »Ich möchte sie nicht als alleinige Kennzahl verwenden. Die Arbeitslosenquote ist ohne Zweifel ein wichtiger Indikator dafür, wo der Bedarf an regionaler Strukturförderung am größten ist. Zusätzlich würde ich aber auch das Einkommensniveau, also das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, in einer Region als Maßstab heranziehen, ...«.¹⁹ Dazu nannten er und sein Minister, Michael Vesper, als weitere Kriterien für die Förderwürdigkeit die Zahl der Sozialhilfeempfänger (Ausgabensumme für Sozialleistungen), das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen, die Qualität der Wohnungen (Eigenheimanteil;

¹⁸ Ebenda S. 19 f.

¹⁹ Steinbrück, Pl.: Aussagen von Ministerpräsident Peer Steinbrück zur Standortpolitik in Deutschland. Typoskript vervielf., Düsseldorf (5.11.2003).

²⁰ Scholz, O./Busch, M. (Bochum) et al.: Finanzielle Zukunftsfähigkeit der Städte sichern – Forderungen der Städte des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes zur Gemeindefinanzreform. Bochum/Bottrop/... (9.6.2006) –

Anzeige

Er gehört zu mir

Nehmen Sie Ihren Anspruch wahr: Jedes Betriebsrats-Mitglied hat das Recht auf seinen eigenen »Kittner«. So haben Sie die rechtssicheren Informationen aus Kittners »Arbeits- und Sozialordnung 2007« immer schnell greifbar. Bestellen Sie jetzt.

Telefon: 0 69 / 79 50 10-20

E-Mail: kontakt@bund-verlag.de

Anteil Eigentumswohnungen; ...), die Güte der Infrastruktur. Der jetzige Minister für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Oliver Wittke, führte zusätzlich die Investitionsquote an. Ungleich höher sind zudem die Ruhrgebietsstädte finanziell durch die Sozialkosten aus hohen Ausländeranteilen und Aussiedleranteilen (»Migranten«) belastet.

Fazit

Nach den westdeutschen Kämmerern soll künftig nicht mehr die geographische Lage (»Himmelsrichtung«) darüber entscheiden, ob eine Kommune ausreichende Finanzmittel erhält oder nicht.

Im Juni 2006 forderten folgerichtig die hochverschuldeten Städte des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes zur Gemeindefinanzreform²⁰, dass der infrastrukturelle Finanzausgleich zwischen den Kommunen im Osten und Westen gesamtdeutsch zu entwickeln ist. Die Solidarbeiträge sind von ihnen nicht mehr zu finanzieren.

In 2007 brach erneut und mehrfach die Kritik an der Ostförderung, speziell am Solidarpakt II auf.

Die altbekannten Angriffs- und Abwehrreden wurden ausgetauscht. Unwidersprochen jedoch blieb, wenn der Solidarpakt II »als Ergebnis einer Bedarfsanalyse« bezeichnet wurde (so vom brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck).

Diese »Bedarfsanalyse« und die dabei eingesetzten Indikatoren bedürfen einer genderoffenen Diskussion, wenn in den Folgejahren der Erfolg des für 2007 erstmals eingesetzten gesamtdeutschen Modells der Abgrenzung von Förderregionen zur Strukturpolitik überprüft wird. Das gilt zuvörderst für den dort genutzten Arbeitsmarktindikator (einschließlich Erwerbstätigenprognose), der mit 50 (55) % Gewichtung weiterhin massiv die Auswahl beeinflusst.

MANFRED SCHWERES ist Professor für Arbeitswissenschaft an der Universität Hannover